

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz).**  
Verlag  
der  
**Verhandlung**  
Göttingen-Zürich.  
**Postsendungen**  
franko gegen franks  
Gewöhnliche Beiste  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

**Nr. 41.**

**Donnerstag, 8. Oktober**

**1885.**

**Abonnements**  
werden bei allen Schweizerischen  
Postämtern, sowie beim Verlag  
und dessen bekannten Agenten  
entgegengenommen, und zwar zum  
**voraus zahlbaren**  
vierteljährlichen Preis von:  
Fr. 2 — für die Schweiz (Kontost.)  
Fr. 2 — für Deutschland (Kontost.)  
Fr. 1.70 — für Oesterreich (Kontost.)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kontost.).

**Postkarte**  
die halbjährliche Preiszeit  
25 Hfr. — 20 Pf.

**Notiz an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“**

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug deselben wird und die dortigen  
Abnehmer die alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns  
und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzusperren, so ist die kürzeste Weisheit im Postverkehr notwendig und  
dies keine Verschönerung vorzunehmen, die Postämter über den wahren Empfänger, sowie den Inhalt  
der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu sichern. Gensperren können in Bezug einseitig, doch unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige  
Person außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß  
auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich derfalls größere  
Sicherheits-Maßnahmen. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten sparen um trotz aller entgegen-  
gesetzten Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

#### Der Chemnitzer Sozialisten-Prozess.

Der Prozess, der in den Tagen vom 28.—30. September vor dem Chemnitzer Landgericht gegen unsere Genossen Auer, Bebel, Dieh, Frohme, Heinzel, Müller und Ulrich wegen Geschwindel etc. sich abspielte — die Mitangeklagten Bieren und Boll war waren besperrt am Erscheinen verhindert — darf, wie immer das Urtheil, das am 7. Oktober gesprochen werden soll, ausfällt, zu den moralischen Erfolgen unserer Partei gezählt werden. Angeklagte, um die Partei zu verzerren, um eine Basis zu schaffen, damit überall gegen die anerkannten Vorkämpfer der Partei mit Prozesseu jeden Augenblick vorgegangen werden kann, hat er den Erfolg gehabt, aller Welt zu zeigen, wie ungeheuerlich die Maßnahmen gewesen sind, die man bisher unter der Firma des „gesetzlichen“ Rechts gegen uns allerwärts anwandte, und wie wirkungslos das gegen uns geschmiedete Ausnahmengesetz geblieben ist. Wie seiner Zeit der Leipziger Hochverrathsprozess ein wirksames Propagandamittel für unsere Partei wurde, das durch die Verurtheilung der Angeklagten nur an Kraft gewann, so auch der Chemnitzer Prozess. Darüber sind namentlich alle diejenigen einig, welche in jenen Tagen den Verhandlungen beiwohnten und die klagliche Rolle sahen, welche die Ankläger spielten, und mit dem selbstbewußten, sicheren Auftreten der Angeklagten verglichen. Man konnte auf den Gedanken kommen, die Rollen seien vertauscht.

Nachdem die deutsche Presse aller Parteien in ziemlich ausführlicher, wenn auch nicht selten unrichtiger Weise Bericht erstattet hat — Unrichtigkeiten in der Schilderung der Vorkommnisse, die wesentlich in der raschen Abwicklung des ganzen Prozesses ihre Ursache finden — kann es nicht Aufgabe des „Sozialdemokrat“ sein, zu wiederholen, was Alle bereits wissen. Es genügt zu konstatieren, wie der Prozess sich gestaltete und wie er entstand. Dieser letztere Punkt ist besonders interessant.

Bekanntlich ging die Anklage dahin, daß unsere Genossen einer geheimen Verbindung angehörten, deren Dasein, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte (§ 128 d. St. G. B.), und ferner, daß sie Mitglieder einer Verbindung seien, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen gehöre, Maßregeln der Verwaltung oder der Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften (§ 129 d. St. G. B.).

Der § 128 droht den Mitgliedern der Verbindung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten, den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von 1 Monat bis zu 1 Jahr. Und nach § 129 können die Mitglieder der Verbindung mit Gefängnis bis zu 1 Jahr, die Stifter und Vorsteher mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu zwei Jahren bestraft werden.

Das Anklagematerial bildete der Inhalt des „Sozialdemokrat“. Außer dem „Sozialdemokrat“ lag nichts von Belang vor, denn die vielfach als Belastungsmaterial angeführten Protokolle des Weydener und Kopenhagener Kongresses sind erst Abdrücke von Artikeln des „Sozialdemokrat“. Der Inhalt des letzteren war von der Anklage sehr sorgfältig nach allen Richtungen hin durchsucht worden, und waren eine Menge von Artikeln und einzelnen Sätzen, in welchen von Organisation, von der Nothwendigkeit sich zu organisiren, von Verhaltensmaßregeln vor Polizei und Gericht, von Mahnungen zur Vorsicht in der Korrespondenz und im Verkehr mit Genossen, von der Parteivertretung, von Einladungen zum Abonnement auf den „Sozialdemokrat“ etc. die Rede war, als Zeichen einer bestehenden geheimen Organisation angeführt. In der gleichen Richtung mußten dienen die Griffen von Vertrauensleuten, die öftere Mittheilungen von Statuten und polizeirechtlichen angemeßenen Zusammenkünften der Genossen in den einzelnen Orten oder Bezirken, die Existenz und die Sammlung verschiedener Fonds, die von angeblich bezahlten Beamten verwaltet würden. Für die Begründung des § 129 mußte der Staatsanwalt sich dienen die schon erwähnte Zusammenkunft der Genossen in einzelnen Orten oder Bezirken, die sogenannten Konferenzen und Landesversammlungen, und hauptsächlich die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ und anderer verbotener Schriften, welche nach Ansicht des Anklägers von einer in der Partei bestehenden Verbindung ausgehen, welche die Verbreitung verbotener Schriften zum Zweck habe.

Wäre die Staatsanwaltschaft ein Organ, das nicht im Interesse der herrschenden Gewalt, sondern sachlich im Interesse des Gemeinwohls handelte, dann wäre sie verpflichtet, ehe sie eine

Anklage erhebt, objektiv zu prüfen, ob neben den scheinbar belastenden Indizien auch solche entlastender Natur vorhanden sind. Dies letztere nachzuweisen wäre ihr leicht geworden, da sowohl die Kongressprotokolle wie der übrige Inhalt des „Sozialdemokrat“, und zum Theil sogar jene Artikel, die sie als belastend infrimirt, eine Menge solcher Stellen enthielten. Allein die Staatsanwaltschaft tritt fast allerwärts in Deutschland als Partei auf, als Partei, die es für ihre Pflicht erachtet, den Interessen der herrschenden Klassen eine Stütze und ein Schirm zu sein.

Was also die Staatsanwaltschaft pflichtvergessen veräumte, mußten die Angeklagten im eigenen wie im Parteinteresse nachzuholen suchen, und man wird ihnen das Zeugnis ausstellen müssen, daß sie mit großem Geschick und mit einer Beherrschung des Materials verfahren, die den Gerichtshof wie den öffentlichen Ankläger nicht wenig überraschten. Dem Präsidenten des Gerichtshofs wäre eine bessere Beherrschung des sehr umfangreichen und in sich verflochtenen Materials sehr zu wünschen gewesen.

Dieser Beherrschung des Materials und dem klug entworfenen Feldzugsplan der Angeklagten war es zu danken, daß die Verhandlungen in weniger als der Hälfte der anfangs in Aussicht genommenen Zeit zu Ende geführt wurden, ohne daß darunter die Vertheidigung im geringsten gelitten hätte.

Die Angeklagten waren von vornherein übereingekommen, daß in erster Linie Bebel, welcher das ganze Be- und Entlastungsmaterial zusammengestellt hatte, das Wort führen, daß Auer ihm sekundiren, und die übrigen Angeklagten nur dann das Wort nehmen sollten, wo sie direkt dazu veranlaßt wurden. Diese Taktik wurde allseitig streng durchgeführt, sicher zum Vortheil der Sache und mit günstigstem Eindruck nach außen. Die Wirkung war, daß schon in ein und einhalb Tagen die Bernehmung zu Ende war, und die Vertheidiger einen sicheren Boden für ihre Plädoyers erhielten. Hätte der Präsident nicht geführt, die Angeklagten würden sämtlich zu längeren Reden das Wort ergreifen, es hätten schon am zweiten Tage Nachmittags die Plädoyers beginnen können, und der Prozess wäre in zwei Tagen zu Ende geführt worden, während man anfangs allseitig dessen Dauer auf vier bis sechs Tage angenommen hatte. So begannen Mittwoch Vormittag 9 Uhr die Plädoyers, die Mittags halb 1 Uhr bereits beendet waren. Den Reigen eröffnete der Oberstaatsanwalt, der in fünfviertelstündiger Rede den krasphematischen Versuch machte, das Dasein einer geheimen Verbindung zu beweisen, von der er selbst zugestehen mußte, nichts Näheres zu wissen. Mit dem gleichen Scharfsinn behauptete er die Existenz einer Verbindung, zu deren Zwecken und Beschäftigungen es gehöre, vermittelst ungesetzlicher Mittel bestehende Gesetze und Maßnahmen der Behörden zu entkräften oder unwirksam zu machen. Nach dem Oberstaatsanwalt nahmen die Vertheidiger das Wort, um, Rechtsanwält Freytag, Leipzig, in anderthalbstündiger, und Rechtsanwält Munkel, Berlin, in einständiger Rede in gradezu glänzender Weise die Anklage Stück für Stück zu zerpfücken. Es war ein Hochgenuss, die beiden Vertheidiger zu hören, wie der eine mit dem schweren Beschüt der Thatfachen, die gegen die staatsanwaltschaftlichen Ausführungen sprachen, in's Feld rückte, der andere mit ägender Ironie und feiner, aber schneidiger Logik das künstliche Gebäude staatsanwaltschaftlicher Phantasie zertrümmerte.

Für die Zuhörer, und diese waren unter anderem auch in Gestalt der verschiedensten höheren Polizeiorgane aus Leipzig, Dresden, Berlin etc. etc. herbeigekittelt, unter ihnen auch der sächsische Justizminister Dr. Abeken, konnte kaum ein Zweifel sein, auf welcher Seite die Wahrheit und die Logik standen. Ob der Gerichtshof — er besteht aus Chemnitzer Richtern — derselben Ansicht ist, wird der 7. Oktober zeigen.

Der Staatsanwalt war so niedergeschmettert, daß er weiter auf das Wort verzichtete; dasselbe thaten auch die Angeklagten, aber aus dem entgegengesetzten Grunde. Sie fanden, wie Bebel in ihrem Namen erklärte, die Vertheidigung so ausgezeichnet, daß jedes weitere Wort ihrerseits nur eine Abschwächung sein würde.

Noch ehe die Richter gesprochen, hat die öffentliche Meinung ihr Verdikt gefällt, es lautet: Nichtschuldig. Aber die öffentliche Meinung fragt auch weiter: Wie war dieser Prozess möglich? Konnte und durfte man ihn anhängig machen, ohne etwas anderes, als was die Angeklagten oder ihre Freunde selbst veröffentlichen hatten, als Unterlage für die Anklage zu besitzen?

Dieser Punkt ist ganz besonders wichtig. Das Wachsthum und die Entfaltung der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz ist ihren Feinden und namentlich den Regierungen schon längst ein Dorn im Auge. Die gelungene Abhaltung der beiden Kongresse, ohne daß, trotz aller angewandten Mühe, die Hochwohlthätliche rechtzeitig das geringste erfuhr, brachte das Faß des Wismuths zum Ueberlaufen.

Der Versuch eines Prozesses wider die Teilnehmer am

Weydener Kongress vor dem Landgericht zu Elberfeld im Jahre 1881 wegen „geheimer Verbindung“ war kläglich fehlgeschlagen. Man mußte also etwas anderes versuchen. Die dem Kopenhagener Kongress folgenden Eistörungen in Kiel und Neumünster sollten die Gelegenheit dazu bieten. Zwar fand auch jetzt die Kieler Staatsanwaltschaft keine Gründe, um gegen die Eistörungen auf Grund der §§ 128 und 129 vorzugehen und unterließ die Erhebung einer Anklage; aber wenn das Kleinere nicht gelang, so vielleicht das Größere. Versuchen wir es einmal mit der Anhängigmachung eines Hochverrathsprozesses. Das Reichsgericht hat darin schon so Bedeutendes geleistet, daß die Hoffnung auf Bedeutenderes begründet ist. Es ist doch undenkbar, daß die Sozialdemokratie auf ihren Kongressen sich nur mit dem beschäffigsten, was die Protokolle enthalten; sicher nur mit dem wichtigsten und wichtigsten festgehalten, ist die Beschaffung der Mittel dazu berathen worden. Auch hat der „Sozialdemokrat“ gar manchen Artikel gebracht, der sich als Anklagematerial verwenden läßt, sichten wir diese nur hübsch. So dachten die gesammten Bundesregierungen, und so wandte man sich an die Reichsanwaltschaft zu Leipzig mit dem Antrag:

#### Die Anklage auf Hochverrath wider die Teilnehmer am Kopenhagener Kongress zu erheben.

Aber die Reichsregierung lenkt und die Reichsanwaltschaft denkt. Der letzteren kam das „Material“ doch sehr windig und dürftig vor und sie lehnte rundweg das Verlangen ab.

Darüber war man in Berlin sehr konsternirt. Abermals eine Anklage wegen Verletzung der §§ 128 und 129 vor einem preussischen Gericht zu versuchen, wagte man nach den gemachten Erfahrungen nicht mehr, hatte doch das Reichspolizeiministerium unter Herrn v. Madai in Berlin nicht einmal das weitere nöthige Belastungsmaterial auszuschnüffeln können, trotz der en gros betriebenen Reichsschnüffelei und des Verbrauchs immenser Mittel. Mit einem Wort, die Reichsregierung, das heißt die preussische Regierung, hatte keine Neigung, sich weiter zu blamiren. Da fand sich als Retter in der Noth Herr Dr. Abeken, der sächsische Justizminister. Wenn Dr. Abeken von der Sozialdemokratie sprechen hört, kommt er in den Zustand eines gewissen Thieres, dem man einen rothen Lappen vor die Augen hält. Und im vorliegenden Falle handelte es sich um so exquisite gute Freunde wie die Bebel und Vollmar aus dem sächsischen Landtag!

Was der preussische Justizminister nicht wagte und wozu sich in Preußen kein Gericht fand, das unternahm jetzt frisch, fromm, fröhlich, frei Herr Dr. Abeken. War ihm doch der Leipziger Hochverrathsprozess, wozu man ebenfalls in Berlin das Material geliefert hatte, so vorzüglich gelungen, und hatten so viele, viele andere Sozialisten-Prozesse, zu denen er in den letzten fünfzehn Jahren an die verschiedenen Staatsanwaltschaften im Lande die Anregung gegeben hatte, so glänzende Resultate für ihn gehabt, daß es auch diesmal schwerlich fehl gehen konnte. Herr Dr. Abeken nimmt also die Akten von Berlin und schickt sie an die Staatsanwaltschaft nach Leipzig mit der Bitte, gegen Bebel und Genossen die Anklage wegen Verletzung der §§ 128 und 129 zu erheben. Aber da passirte das Unglaubliche:

#### Die Leipziger Staatsanwaltschaft lehnte die Erhebung der Anklage ab, weil das Anklagematerial ungenügend sei.

Wenn ins Dresdener Justizministerium drei Blätter gleichzeitig einschickten, könnte die Konfirmation keine größere sein, als auf jenen Bescheid von Leipzig. Herr Dr. Abeken war außer sich vor Zorn. Flugs sandte er einen seiner Geheimräthe persönlich nach Chemnitz an die dortige Staatsanwaltschaft, um auf den Umstand hin, daß Vollmar in Mittweida wohnt und also seinen Gerichtsstand in Chemnitz hat, gegen diesen und Genossen die Anklage zu erheben.

Was in Leipzig mißlungen war, gelang in Chemnitz. Die Staatsanwaltschaft dort erhob auf genau dasselbe Belastungsmaterial hin, das der Leipziger nicht genügt, die Anklage, und die Anklagekammer des Chemnitzer Landgerichts beschloß, derselben Folge zu geben. So kam der Prozess zu Stande, der vom 28.—30. September sich in Chemnitz abspielte.

Herr Dr. Abeken hat seinen Zweck zunächst erreicht, ob er auch die gewünschte Verurtheilung erreichen wird?

Die Antwort werden unsere Genossen haben, wenn diese Zeilen in ihre Hände kommen.

### In der Bauer für unsere Bewegung zu gewinnen und auf welche Weise?

Mit dem herannahenden Winter, der Jahreszeit, in welcher der Bauer am ehesten für eine ernsthafte Disposition zu haben ist, dürfte es angebracht sein, auf die obige, schon so oft in unserer Partei ventilirte Frage im Organ zurückzukommen. Wir beginnen damit, zwei Eisenbahnen, die an eine im Frühjahr veröffentlichte Korrespondenz anknüpfen, zum Abdruck zu bringen, und

ihnen eine kurze Betrachtung folgen zu lassen. Die erste dieser Ein- sendungen ist aus einem protestantischen Distrikt des westlichen Deutschlands, die zweite aus dem katholischen Theile Schlesiens.

I.

Bauern-Eingekandt.

In Nr. 21 des „Sozialdemokrat“ machte ein Parteigenosse auf's Neue auf die Bedeutung der Bauern-Agitation, resp. Agitationsstafel, aufmerksam, und zwar in einer Weise, die mich veranlaßt, in dieser Angelegenheit auch einmal ein Wortchen mitzureden.

Ich habe einst mit Unwillen die Passafälle Antwort auf die Frage: „Welche Rolle die Bauern in unserer Zeitbewegung zu spielen haben“, gelesen und mich gewissermaßen gestreut, daß die Wichtigkeit jener Antwort, mit der Voraussetzung bezüglich des Revolutionsganges überhaupt, in die Brüche gegangen ist.

Die Revolution unseres Jahrhunderts geht äußerlich, d. h. was die subjektive, bewußt unternommene Neuregung der politischen Machtverhältnisse betrifft, so langsam vor sich, daß die Bauern Zeit haben, sich herbeizurappeln, ehe die Entscheidungsschlacht geliefert, ehe die sogenannten Vor- und Kerntruppe, das industrielle Proletariat, in den Bollwerken des Feindes — gegen eingedrückt und herrschend eingedrückt ist. Jedenfalls will es sich heute, wo überdem bei keinem wissenschaftlich Gebildeten die konservative Störigkeit der Bauern mehr als „typisch“ in Betracht kommt (es müßte denn die Schäfer sein), für aufgeklärte Arbeiter beschließen, ihre Schicksalsgenossen so vorzugenommen zu betrachten, wie es des Besseren auch in den Spalten des „Sozialdemokrat“ schon geschehen ist.

Die Rathschläge über Behandlungswise der Bauern in der Agitation bezeugen, von der einzigen Hinderung auf die Wichtigkeit, spezielle Lage und Verhältnisse zu kennen, abgesehen, ja nicht und besonders nicht weniger als das rechte Versehen und die rechte Würdigung des bäuerlichen Lebens und sind außerdem auch für die, den „Sozialdemokrat“ lesenden Bauern nichts weniger als schmeichelhaft.

Es ist, gelinde gesagt, eine Einseitigkeitsstafel, bei uns so oft und gar mit triumphatorischer Prophetenmiene auf den Zwang äußerlicher Verhältnisse als auf den einzigen und besten Faktor der innern subjektiven Ueberzeugungsbildung hinzuweisen; uns mit gewissen objektiven Thatsachen wie mit Knäueln um den Schädel zu schlagen, dagegen andere gewisse Thatsachen aber als noli me tangere zu übergehen, resp. zu überhören.

Es ist eine Laktosigkeit, dies materialistische Triumphgeschrei, weil der — wie alle Kinder der Reizzeit schon im Klärungsprozeß begriffene — Bauernverband weder an dem Wahn immaterieller Beeinflussung festhält, noch von irgend einer geschriebenen Jg-Theorie angekränkt, wohl aber von einem mehr oder minder verletzlichen Stolz auf seinen (sonstigen selbständigen) Streiber-Fortschritt befeuert ist, — d. h. er weiß sich ein klein wenig zu gute, daß und wenn er die Dent- und Fährten, die ihn aus dem engen Kreis partikulärer (besonderer) Verhältnisse heraus in den allgemeinen Zusammenhang leiten, selber findet und weiter-spricht.

Es ist eine Laktosigkeit, dies prinzipielle Beiseite- oder Offenlassen der Religionsfrage, weil das religiöse Bewußtsein mit dem Bewußtsein und der Erkenntnis der Zeitaufgabe in — keinem harmonischen — aber unlegbar in einem Verhältnisse steht, dessen Ausgleichung oder wenigstens Klärung des Schweißes der Edelsten werth sein dürfte.

Gibt es Sozialdemokraten, die behaupten, alles dies sei bezüglich der geschichtlichen Aufgabe der Partei herlich gleichgültig, dann behaupten sie, daß die Revolution des Proletariats eine Episode sei, daß die Rolle der Revolutionäre eine episodische und partielle sei; dann betrachten sie aber auch ihre sozialpolitischen Aufklärungsbestrebungen ebenso wie diejenigen der andern Parteien, nämlich als — Bauernsänger.

Ich bin fest überzeugt, jeder in unsere Lebensverhältnisse einmal tiefer hineinschauende Parteigenosse würde von Ansichten, wie z. B.: „Die Momente materieller Noth sind in bäuerlichen Lebenskreisen die das Interesse allein absorbirenden und die bei der Agitation allein beachtens-werthen“; oder: „Religion spielt eine Sonder-, eine Privatrolle, und ist deshalb mit Zuficherung des freien Spielraums für alle Fälle abgethan“ — bald zurückkommen, als von tiefen Fährten.

Wir Bauern werden vorwärts unter dem rothen Banner, wenn wir seine Bedeutung ganz erfasst haben, und wir werden sie hoffentlich ganz erfassen, ehe uns die äußerste Noth mit Schwach zwingt!

Jetzt marschiren wir zwischen dem schwarzen und rothen Zeichen, das eine hinter uns, mit seiner Garde, den wils- und muhgläubigen Praktikern, und physisch mit Lasten, geistig mit Finsternis quälend, das andere vor uns, in seinen Glanzstrahlen uns nichts zeigend wie Armut und Verzweiflung als „nothwendigen“ Durchgang zum Besseren! —

Doch nein! Wir sehen im rothen Licht auch noch etwas anderes, nämlich handfeste Argumente zum Um- und-Mitgehen für die Zeit des miß- vollenen Aufrechtsbleibens, und handfeste Kameraden für die Zeit der Ver-zweiflung.

Allen deutschen Bauern, denen das rothe Licht aufgegangen ist, rufen wir zu: Vorwärts!

Reichen wir uns die Hände! Tauschen wir unsere Agitations-Erfah-rungs-Resultate gemäß dem Wunsche der Redaktion im Parteiorgan, tauschen wir unsere Denkresultate brieflich oder mündlich aus.

Reiten wir uns, helfen wir uns fort und fort, allermöglicher, in jeder Weise! Streben wir! Erweitern und vertiefen wir unser sittliches Streber-Bewußtsein!

Reinigen, festigen und fähigen wir unsern demokratischen Charakter! Vorwärts!

II.

Ueber Agitation.

Sie brachten vor Kurzem einen Artikel wegen Agitation im Bauern-lande. Ich will Ihnen meine Beobachtungen und eigenen Erfahrungen als Wink für Viele mittheilen.

Es ist Thatsache, daß sehr Viele wieder schlecht machen, was Andere gut gemacht haben, und zwar durch extreme Ansichten; die Leute wollen Algebra lehren Solchen, die von der Mathematik das Einmaleins nicht kennen. Es ist richtig, daß der Landmann durch Schimpfen auf die Religion verlegt wird. Religion ist ein noch nicht in's Deutsche überlesenes Fremdwort. Ich habe mir angewöhnt, das Wort Sittengesetz zu gebrauchen. Der Landmann hat sehr gutes Ver-ständnis über die Verderbnis der Sittenlehre, ihrer Habgucht für ihre Arme, ihres unstilllichen Lebens durch das Jöbitat, und des Einflusses der Ohrenbeichte — des römischen Spionnetzes — auf das ganze weib-liche Geschlecht.

Das Christum als Stifter gelehrt hat, ist anzuerkennen, wir finden soziale Bestrebungen als rothen Faden durch seine kurze Lehrzeit im Wort und That; daß sie von seinen Aposteln so verstanden worden, beweist die nachträgliche Einführung einer kommunikativen Gemeinde. Wir haben hier also den Stifter selbst noch zu studiren, wenn man auf die Lehre schimpft. Wir haben die Evangelien zu nehmen wie sie sind, mit der Beachtung, daß sie erst durch ein, auch zweimalige Uebersetzung dem Volke bekannt wurden, und von bigotten Männern überlegt wurden. Dies mein Verfahren beim Landmann. Also nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Dieser Fehler wird auch in andern Beziehungen im Allgemeinen gemacht. Es werden immer noch Stimmen laut, daß die Raschens demokrit werden müssen; es gibt Agitatoren, die jeden geistigen Fortschritt verdammen, weil es nicht „ganz sozial-demokratisch“ ist. Die Entwicklung der Menschheit hat nie Rückschritte gemacht, zu der Uebersetzung würden bei ernsthaftem Studium alle diejenigen kommen, welche heut statt der Geschichte der Völker und Religionen lieber Romane lesen, ohne zu fragen, welche geistige Grund-lage sie enthalten, oder den Zweck der Ausgabe zu beachten. Ein solches Lesen ist weiter nichts als ein gedankenloses Todtschlagen der Zeit, beim Arbeiter ein Frevel für seine Sache, die er fördern soll. Wer sich die Aufgabe stellt, zu agitiren, suche vor Allem durch sein Auftreten sich moralische Achtung zu verschaffen, uneigennützig und tolerant zu sein.

In den katholischen Gegenden ist den Leuten begreiflich zu machen, daß sie der Streit des Passenthums mit der Regierung gar nichts angeht; wenn es den Pfaffen wirklich Ernst sei, was sie behaupten, wenn es sie von Herjen wahrhaft schmerze, daß vielen Gläubigen die Seligkeit verloren geht, weil sie den geistlichen Pomp und der Ceremonien entbehren müssen, so würden sie sich dem Geiz aus christ-licher Liebe zu ihren Gläubigen fügen. Es ist aber den Pfaffen darum

zu thun, weltliche und politische Macht zu erhalten, von Rom aus die Welt zu regieren, jeden geistigen wie auch materiellen Fortschritt zu unterdrücken, oder für sich auszubenten. Es muß den Leuten gesagt werden, daß sich die Pfaffen lustig machen über die Beschränktheit der Wähler. Im Uebri-gen sind unsere Grundzüge, die ja vor kurzem erst und immer in unsern Blättern klar gelegt werden, zu verbreiten. Mit der Zeit kann es ja möglich werden, über landwirthschaftliche Koalitionen ein eigenes Blatt erscheinen zu lassen, wenn geeignete Kräfte gewonnen sind. Also auf diese Art agitirt und flüßig. Daß wir nichts erreichen im Reichstag, so lange wir nicht die Majorität haben, ist erwiesen. Alle Dar-benden der Menschheit sind die Majorität, sie aufzuklären und heranzuziehen führt zum Ziele.

a-u.

So die Einsender, die beide, wie bereits erwähnt, das Landleben aus eigener Anschauung kennen. Was bei ihren Auslassungen vor allem in die Augen fällt, ist die große Rolle, die in denselben die Religion spielt. Und das ist kein Zufall, sondern entspricht durchaus den tatsächlichen Verhält-nissen. Auf dem Lande spielt der Pfaffe eben noch eine weit größere Rolle als in der Stadt; dem Landbewohner wird es vielfach weit schwerer gemacht als dem Städter, den Pfaffen zu ignoriren — oder vielmehr, er kann den Pfaffen nicht ignoriren, ohne als Pfaffen-seind betrachtet zu werden. Dieser eine Umstand zeigt jedoch bereits, — so wenig schmei-chelhaft das dem „aufgeklärten Bauer“ erscheinen mag — warum die Landbevölkerung nicht die Kerntruppe unserer Bewegung stellen kann. Sie ist dazu zu isolirt, viel zu sehr von lokalen Verhältnissen ab-hängig, über welche der Proletariat der Großstadt sich kurzerhand hin-wegsetzt. Nicht weiß er von Hause aus Kläger ist als der Landbewohner — vielfach stammt er ja selbst vom Lande — sondern will er dem materiellen Zwang der tatsächlichen Verhältnisse auf dem Lande entrückt ist.

Im engen Kreis verengert sich der Sinn, Es wächst der Reich mit seinen größern Zwecken.

Was speziell die Kleinbauern anbetrifft, so hat noch Niemand bestritten, daß nicht auch einzelne derselben durch rein geistige und moralische Impulse für die Sache des Sozialismus gewonnen werden können, aber das können und werden immer nur Ausnahmen sein. Die große Mehrheit muß, wie die anderer Gesellschaftsklassen, erst dahin kommen, im Sozialismus ihren Retter aus der Noth ihres Daseins zu erblicken, bis sie sich definitiv zu seinen Gunsten entscheiden wird. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß der Bauer heute noch ganz besonders fest am Individualismus hält, der Individualist par excellence ist. Es liegt dies nicht an seiner besonderen Schädelkonstruktion, sondern ist eine Folge der schwerfälligen materiellen Verhältnisse, inner-halb deren er lebt. Nicht auf dem Dorf, in der Stadt ist der Gemein-sinn zu Hause — Ausnahmen natürlich zugelassen.

Ueberhaupt muß man, wie bei allen Fragen, so auch bei dieser, das Wesentliche vom Zufälligen trennen. Das geht auch der Verfasser des Eingekandt Nr. I ein, wenn er die „Wichtigkeit, spezielle Lage und Verhältnisse zu kennen“, als für die Bauern-Agitation nothwendig anerkennt. Von den speziellen, d. h. den lokalen Verhältnissen hängt es daher auch ab, wie sich die Agitation zur religiösen Frage stellt. Grundsätzlich müssen wir an dem Postulat „Religion ist Privatangelegenheit“ festhalten; wo aber der Pfaffe, bezw. die Kirche in die materiellen, politischen oder sozialen Verhältnisse eingreifen, und hierzu gehört natürlich auch das Unterrichts-wesen, da sind sie als weltliche Elemente entsprechend zu behandeln.

Im Uebri-gen aber vergesse man nicht, daß Atheismus oder wie man die Freiheit von der Kirche sonst noch nennen will, und politischer Ra-dikalismus noch nicht Sozialismus sind. Wir ist für diese die Landbevölkerung zu gewinnen, wie sind die Bauern darin zu bein-gen, daß sie mit den Proletariern der großen Städte gemeinsame Sache machen, das ist die Frage, um die es sich handelt, und die wir hier-mit zur weiteren Debatte stellen.

Eine Frage an Herrn Frohme.

In seiner zweiten Rede über den „Allerweltbüffel“, mit welchem Herr Frohme seine erste Rede zu rechtfertigen suchte, sagte er zu Anfang: er habe sich gegen die Rißbrauch gewendet, der mit dem Internatio-nalitätsprinzip getrieben worden sei, und zum Allerweltbüffel ausge-artet sei. An die Rißbrauch hätte ich mich nicht — Herr Frohme würde den Bericht wieder für ungenau erklären (und zwar mit Recht, denn jeder nicht stenographirte Bericht ist mehr oder weniger un-genau). Dieser Gedanke ist aber Herrn Frohme gewiß nicht untergeschoben, denn einen Anlaß, einen Grund zu seinem Feldzug gegen den Allerweltbüffel muß er als vernünftiger Mensch, der ohne zureichenden Grund nicht handelt, doch gehabt haben.

Also von wem und wo ist der Rißbrauch verübt worden, gegen den Herr Frohme sich gewendet hat?

Auf diese Frage möchte ich eine Antwort von ihm haben.

Ich suche vergebens.

Fürst Bismarck, in dessen Verlor sich das von uns bekämpfte politisch-ökonomische System verlor, ist sicherlich nicht „international“. Er ist nicht einmal national, fintenmalen er noch nie über die Schranken des preussischen Junters hinausgekommen ist, und die „preussische Nation“ meines Wissens noch zu den unentdeckten Dingen gehört. Es ist wahr, der preussische Junter Bismarck treibt auch mit der „Internationalität“ Rißbrauch, insofern er die Spielerei und überhaupt das politische Halluzinanthum „international“ zu organi-siren sucht — gleich seinen Spiegelbildern in Petersburg; allein gegen diesen Rißbrauch der Internationalität hat sich Herr Frohme nicht gewandt, in dessen erster wie letzter (wenigstens zweiter) Rede Fürst Bis-marck und das Bismarck'sche System gar nicht erwähnt sind, jedenfalls — Unangenehmkeit des Berichtes zugegeben — keine Rolle gespielt haben.

Die Nationalliberalen, die zwar keine Partei mehr sind, aber einen großen Theil der deutschen Presse beherrschen, sind durch und durch chauvinistisch und die Lehren, die sich eines Rißbrauchs des Internationalitätsprinzips schuldig gemacht haben. Sie kann Herr Frohme unmöglich im Auge gehabt haben — um so weniger, als sie ja bekanntlich für den, von ihm — nach Tische und Passalle — so warm geforderten „Rechtsstaat“ schwärmen, in den Deutschland auf dem Wege sein soll verwandelt zu werden.

Hat Herr Frohme die Fortschrittler gemeint? Ich kann es nicht annehmen; denn die einzige Internationalität, welcher die Herren Fortschrittler halbigen, ist die des Geldsacks und der kapitali-stischen Ausbeutung; und gegen diese Internationalität zieht Herr Frohme in seinen zwei Reden nicht zu Felde, — ja, insofern sie zur Enttäuschung des Verheißes zwischen den Wörtern führt, sollt er ihr ausdrücklich — und mit Recht — Anerkennung.

Da blieben also nur — denn die Konservativen kommen nicht besonders in Frage, sie denken und thun, was Bismarck denkt und thut — da blieben also nur noch die schwarzen Dufaten des Herrn Wind-horst, das Zentrum, die ultramontane Partei, welche von unseren Kulturkämpfern mit Vorliebe die „schwarze Inter-nationale“ genannt wird. Der Name ist nicht unerdient. Die katholische Kirche ist eine durch und durch internationale Ein-richtung, und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß sie das Inter-nationalitätsprinzip systematisch mißbraucht hat und mißbraucht, um ihre bekannten lichtschönen Zwecke zu fördern.

Wen der „Rißbrauch“ des Nationalitätsprinzips“, der entschieden hier vorliegt, wird in den zwei Reden des Herrn Frohme mit seiner Sübe erwähnt.

Der „Rißbrauch“, gegen welchen Herr Frohme sich zu wenden berufen fühlte, muß folglich wo anders gesucht werden. Aber wo? Ich stehe ratlos da.

Wenn der „Rißbrauch“, der die Veranlassung zu den zwei Reden gab, nicht bei den gegnerischen Parteien zu finden ist, dann müßte er doch bei der eigenen Partei zu finden sein.

Ich habe ehrlich Umschau gehalten in unseren Reihen — von Riß-brauch des Internationalitätsprinzips keine Spur. Wohl Spuren des Gegentheils. Die und da ein Bischof Hochnäsigkeit gegenüber der Sozialdemokratie anderer Länder, die es noch nicht „so herrlich weit gebracht“, wie wir, das ausermählte Volk — von „Rißbrauch“ oder „Uebertreibung“ des Internationalitätsprinzips nirgends die leiseste Spur. Weder schriftlich noch mündlich, noch durch Handeln ist irgendwo, von

irgend Jemand — so weit meine Kenntniß reicht — der Verluß gemacht worden, unsere Partei von ihrem praktischen, harten, konkreten Arbeit-abwinken und in den Sumpf eines „Allerweltbüffels“ hineinzuladen. So weit meine Kenntniß reicht, zählt die deutsche Sozialdemokratie kein einziges Mitglied, das nicht wüßte, daß wer wirken will, nicht in der Luft stehen muß, sondern auf der Erde, und daß er ver-pflichtet ist, auf dem Stückchen Erde zu wirken, wo er wohnt, das seine Heimat, sein Vaterland ist, — oder wie sonst man es nennen mag. Und so weit meine Kenntniß reicht, weiß auch jeder unserer Genossen, daß „national“ und „international“ in sich keine Gegen-sätze sind, und daß die „internationalen“ menschlichen Ziele, welche wir verfolgen, einfach unerreichbar wären, wenn die „Nationalen“ gemüthlich die Hände in den Schooß legten, und vertrauensvoll warteten, bis ihnen die internationalen Tauben aus Wolkenlufschheim gebraten in den auf-gespreizten Rand lägen.

Das wäre freilich „Allerweltbüffel“, doch wo und wann hätte unsere Partei, oder hätte irgend ein Mitglied unserer Partei sich solcher boden-loser Albernheit schuldig gemacht?

In einigen Bismarck'schen Reptilienblättern, z. B. der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, war allerdings zu wiederholten Malen Keimliches zu lesen, — und es hieß da, die „gesunden“ Elemente in unserer Partei seien es müde, sich von dem „vaterlandslosen“ Allerweltbüffeln vergewaltigen zu lassen, die Schwin-dung zwischen dem nationalen Sozialismus, wie ihn Passalle gemollt und dem internationalen, wie Marx ihn gelehrt, gehe jetzt vor sich und werde ungewisslich zu einer Spaltung führen.

Ich kann aber unmöglich annehmen, daß Herr Frohme die Repti-litenblätter zu Quellenstudien über unsere Partei benutzt, und noch weniger kann ich ihm die Aecht zutrauen, ein Nachbeter und Nach-treter Passalle's im Sinne der Norddeutschen Allge-meinen Zeitung“ zu werden und einen donquixottischen Kampf gegen das, vom Gottselbweis Marx in unsere Partei eingeschmuggelte Internationalitätsprinzip zu unternehmen.

Das wäre doch zu naiv. —

Aber wen und was hat denn nun Herr Frohme gemeint, als er dem „Rißbrauch“ des Internationalitätsprinzips und dem „Allerweltbüffel“ den Fehdehandschuh hinwarf?

Auf diese Frage ist er die Antwort schuldig.

Und damit ich nicht in Gefahr komme, von einem hitzigen Anti-„Allerweltbüffel“ (ich bitte den Seher, ja das Anti nicht zu ver-gessen, da ein Mißverständnis gar zu leicht ist) der „feigen Anonymi-tät“ und des „Fechtens mit geschlossenem Visir“ oder gar „aus dem Bersteck“ angeklagt zu werden, so wird die Redaktion so freundlich sein, Herrn Frohme privatim meinen Namen mitzutheilen.

× × × Ein internationaler Feind des Allerweltbüffels und der Allerweltbüffler.

Sozialpolitische Rundschau.

Jülich, 7. Oktober 1885.

— Der Chemnitzer Prozeß, so schreibt man uns, hat einen andern Verlauf genommen, als der Eine oder Andere wohl erwartete. Es gibt zweierlei Arten politischer Prozesse: solche, in denen die ver-folgte Partei als Kollagerin aufzutreten, und mit mächtigen Realen-schlägen die Gemaltheber niederschlagen hat. Und solche, in denen es sich darum handelt, begangene oder beabsichtigte Ungehörigkeiten nachzu-weisen und an den Pranger zu stellen.

In die Kategorie der letzteren gehört der Chemnitzer Prozeß. Nach dem der Antrag der Angeklagten auf Vorladung der hervortragendsten Führer anderer Parteien vom Gericht abgelehnt und der Prozeß durch das Verhalten des Staatsanwalts dem politischen Gebiet fast ganz entzogen, und wesentlich auf das juristische Gebiet ein-gegrenzt worden war, mußte für die Angeklagten der direkt agitatorische Zweck in den Hintergrund treten und die juristische Ver-nichtung der Anklage als Hauptzweck erscheinen. Ward dieses glück-lich erreicht, so hätten die auf ihrem eigenen Terrain geschlagenen Verfolger auch eine schwere moralische und politische Niederlage zu ver-zeichnen. Und diese ist ihnen denn auch, darüber herrscht unter allen Richt Reptilien nur eine Stimme, in ekkantener Weise zu Theil geworden.

Auf die Einzelheiten des Prozesses kann hier nicht eingegangen wer-den, das wird von anderer Seite geschehen. Jedenfalls war der Ver-lauf ein überaus günstiger für unsere Sache. Und kennen wir auch bei Urtheil nicht, so ist doch schon der Umstand günstig, daß es erst in acht Tagen gefällig werden soll. Hätten die Richter die Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten erlangt, oder richtiger ausgedrückt: hätten sie nicht die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit der Anklage erlangt, so würden sie das Urtheil sofort gefällt haben. In einem derartigen Prozeß die Angeklagten überzeugungsgemäß freisprechen oder wider die Ueberzeugung schuldig sprechen — das erzieht immer-hin auch für geübte Richter einige Vordereitung.

Bollmar und Bierck waren bei den Verhandlungen nicht anwesend. Sie waren ärztlich entschuldigt, müssen nun aber, wie auch das Urtheil ausfallen möge, nachträglich den ganzen Prozeß formell durchmachen, da, auch im Fall der Freisprechung ihrer Mitangeklagten, noch der deutschen Strafprozeßordnung die Anklage gegen sie nicht mehr zurück-gezogen werden kann.

Bei diesem Prozeß, dessen Entscheidungsgeschichte bereits offenes Ge-heimnis ist, tritt so recht greifbar die Konstruktivität des deutschen Gerichts-verfahrens hervor, welches den Regierungen ermöglicht, ganz Deutschland nach gefügigen Richtern zu durcharstöbern und jeden politischen Tendenzprozeß jedem Gericht zu übergeben. Man braucht nur irgend einen im Gerichtsprengel lebenden „Angeklagten“, mit dem dann jeder Belledige, sei sein Gerichtsstand wo er wolle, als Mit-angeklagter zusammengeköpelt werden kann. Und ein „Ange-klagter“ ist für politische Prozesse so leicht zu beschaffen.

Es wird nöthig sein, diesen kandalösen Zustand im Reichstag zur Sprache zu bringen — wie überhaupt der Chemnitzer Prozeß noch vor dem Forum des Reichstags sein Nachspiel haben muß.

— Aus den Verhandlungen des Chemnitzer Sozial- listen Prozesses. Wir entnehmen dem Bericht des dr-Reporters folgende, zur Beurtheilung des Prozesses besonders interessante Einzel-heiten:

Erster Verhandlungstag: Der Präsident eröffnet zunächst die Geschichte der Sozialdemokratie und will einen am 18. September 1885 im „Sozialdemokrat“ erschienen Artikel, betreffend die Organisation der Sozialdemokratie verlesen. Angekl. Bebel: „Ich will, ehe dieser Artikel verlesen wird, bemerken, daß der „Sozialdemokrat“ allen Anschauungen Raum gewähren sollte. Ich weiß nicht, von wem dieser Artikel ge-schrieben ist, jedenfalls ist er nur eine Definition über eine vorzunehmende Or-ganisation. Eine solche Organisation, wie sie in dem Artikel vorge-schlagen worden, ist jedenfalls niemals vorhanden gewesen. Eine Or-ganisationsdefinition hat niemals bestanden. Es ist auch stets bei allen Ver-sammlungen betont worden, daß eine Organisation, wie sie vor dem Sozialistenstande bestanden, unmöglich sei, es kann nur eine Organisation, die auf persönlicher Führung zwischen den einzelnen Parteigenossen basirt, bestehen“. . . Präsident: „In einem weiteren Artikel wird gesagt: „Der Organisationsplan ist deshalb nicht zur Ausführung gekommen, weil bereits eine Organisation bestanden hat.“ — Bebel: „Ich habe bereits zugegeben, daß eine Organisation bestanden hat und auch noch besteht, die aber — ich wiederhole — nur auf persönlicher Führung der einzelnen Parteigenossen unter einander basirt. Eine solche Organisation ergibt sich, angesichts der Thatsache, daß die Partei zur Zeit des Er-lahes des Sozialistengesetzes bereits 15 Jahre bestand, und angesichts des Umstandes, daß die Partei eine ganze Anzahl Buchdruckererren be-foß, von selbst. Etwas anderes kann uns nicht bewiesen werden, was große Aufmerksamkeit die Polizei unserer Partei in ganz Deutschland auch schenkte. Die anderen Dinge, die gegen uns hier ins Feld geführt werden, sind lediglich Artikel des „Sozialdemokrat“, für die alle weit-heraus nicht einzusehen können. Angekl. Kuer: „Ich kann mich dem Ausführungen Bebel's nur anschließen; eine persönliche Verbindung zwischen den einzelnen Parteigenossen hat immer bestanden und wird auch ferner bestehen. Im Uebri-gen bin ich der Meinung, daß der in dem verlesenen Artikel erwähnte Organisationsplan sich nur auf Leipzig

... Die andern Angeklagten äußern sich in ähnlichem Sinne. — Präsident: In einem Aufreiß der sozialdemokratischen Reichstags-Abordnung heißt es: „Die private Organisation kann nicht vernichtet, das geistige Band, das uns umschlingt, nicht zerissen werden, es müßte sein, daß die moderne Zivilisation aufgehoben werden.“ — Babel: Dieser Artikel beschäftigt doch vollständig meine bisherigen Ausführungen. Eine private Organisation von Mann zu Mann, ein geistiges Band wird immer bestehen bleiben und ist doch gewiß nicht strafbar. Mit großem Bedacht ist der Passus angewendet worden: „es müßte denn die moderne Zivilisation aufgehoben werden.“ Damit war gemeint: die moderne Produktion weise bedingt das Zusammensein vieler Arbeiter in einer Fabrik. Dadurch ist die Organisation eigentlich von selbst geschaffen, eine weitere formelle Organisation ist gar nicht erforderlich. Wenn man aber diese private Organisation vernichten wollte, dann müßte man die moderne kapitalistische Produktionsweise überhaupt aufheben. — Auf Befragen des Präsidenten geben die Angeklagten Unmuthig zu, an dem Kopenhagener Kongreß theilgenommen zu haben. — Präsident: Es fällt nun auf, daß das Protokoll über den Kopenhagener Kongreß bedeutend dürftiger als das über den Wpden Kongreß ist; es gewinnt dadurch den Anschein, als sei man in Kopenhagen mit der Veröffentlichung der Kongreßverhandlungen vorsichtiger gewesen, als in Wpden? — Babel: Das war keineswegs der Fall; vielmehr die Erfahrung lehrte, daß das Interesse für die Kongreßverhandlungen ein nicht so reges war, um die Herausgabe eines ausführlichen Protokolls zu veranlassen. — Auf Antrag Babel's wird ein im Jahre 1884 im „Sozialdemokrat“ erschienener Artikel verlesen, in dem es u. A. heißt: „Die Parteigenossen sollen ihre Parteibeiträge entrichten, auf welche Weise es ihnen am besten und leichtesten erscheint; in derselben Weise soll auch die Verbindung zwischen den Parteigenossen unter einander unterhalten werden.“ — Babel: Dieser Artikel bestätigt wiederum, daß eine eigentliche Organisation nicht bestand und daß auf den Kongreß eine Organisation nicht beschlossen wurde. — Präsident: Was ist Ihnen entfallen die ständigen Vertrauensleute? — Babel: Es ist doch sehr erklärlich, daß z. B. in einer Stadt wie Chemnitz nach Erlaß des Sozialistengesetzes eine Anzahl Vertrauensmänner ständig funktionierten. Derartige wäre allerdings unmöglich gewesen, wenn die Partei nicht noch Erlaß des Sozialistengesetzes im Leben getreten wäre. Das Sozialistengesetz hat nämlich den Fehler, daß es 15 Jahre zu spät gekommen ist. — Auer: Ich wohne jetzt fünf Jahre in Schwern, es ist doch selbstverständlich, daß wenn jemand über schweriner Parteiverhältnisse etwas wissen will, er sich an mich wenden, zu jedem Genossen verhältnisse etwas wissen will, er sich an mich wenden kann. Ich bekenne mich, daß ich mich darüber die beste Auskunft geben kann. Ich bin somit, wie von selbst, der ständige Vertrauensmann der Partei. Ähnlich werden die Verhältnisse in allen anderen Orten liegen. Dies ist doch aber keine geheime Organisation, um die allein es sich hier handeln kann. Die Partei besteht nach wie vor, sie besteht aus hunderttausenden von Männern, ist vielfach ausgedehnt bei den Wahlen, hat ihre offizielle Betretung im Reichstage, das ist Jedermann bekannt. Die Partei als solche ist nicht verboten, sondern doch lediglich ihre Organisation. Das Vorhandensein von Vertrauensmännern beweist aber, wie bereits des Näheren ausgeführt, noch keineswegs das Vorhandensein einer Organisation. — Aus einem weiteren Artikel des „Sozialdemokrat“ geht hervor, daß vor einiger Zeit eine sächsische Landesversammlung der Sozialdemokraten stattgefunden hat. — Babel: Diese Versammlung hat, so viel ich weiß, stattgefunden, ich weiß nur nicht, was sie mit der gegenwärtigen Anlage zu thun hat. Es könnte sich hierbei doch lediglich um eine Vertagung des sächsischen Vereinsjahres handeln. — Präsident: Diese Versammlung beweist doch aber, daß unter den verschiedenen Sozialdemokraten ein gewisser Zusammenhang besteht? — Babel: Allerdings besteht ein solcher Zusammenhang. Würde er nicht bestehen, dann würden wir ihn schaffen. Dies beweist aber noch keineswegs die Unterhaltung einer geheimen Verbindung. Es würde mir z. B. ein Recht sein, morgen Abend hier in Chemnitz eine Versammlung von 3000 Personen zu Stände zu bringen und zwar ohne die geringste Zeitungsanzeige und ohne daß die geringste Organisation besteht. Ich brauche bloß die Absicht laut werden zu lassen, morgen Abend in einer Versammlung zu sprechen, und wie ein Lauffeuer würde sich diese Kunde durch alle Fabriken verbreiten. (Geisterstille im Auditorium.) — Präsident: Ich fordere das Publikum auf, sich ruhig zu verhalten; ich werde im Wiederholungsfall die Schulregeln feststellen und wenn dies nicht gelingen sollte, die Kränke eintreten lassen. Der Gerichts- saal ist kein Ort, wo sich Mißfälle oder Beifallbezeugungen geschehen. Weitere im „Sozialdemokrat“ erschienene Artikel sprechen von Vertrauensmänner-Konferenzen. Der Angeklagte Ulrich bemerkt, er sei selbst Mitglied der in Hessen regelmäßig stattfindenden Vertrauensmänner-Konferenzen, die stets unter den Augen der Polizei stattfinden. In diesen Konferenzen werden fast ausschließlich Wahlangelegenheiten besprochen. — Auf weiteres Befragen des Präsidenten gibt Babel zu, daß der „Sozialdemokrat“ das offizielle Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, er konstatirt jedoch aus einer von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten an die Redaktion des „Sozialdemokrat“ erlassenen Erklärung, betreffend das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Abstimmung über die Dampferjuden im Reichstage, daß über den Einfluß der Parteileitung auf die Haltung im Reichstage „Sozialdemokrat“ innerhalb der Reichstagsfraktion sowohl, als auch innerhalb der einzelnen Parteigenossen große Meinungsverschiedenheiten bestehen und daß die Parteileitung nicht für den Gesamtinhalt des „Sozialdemokrat“ verantwortlich gemacht werden kann. Zweiter Verhandlungstag. Es wird nunmehr ein im Jahre 1882 erschienener Artikel verlesen, in welchem den Parteigenossen in Deutschland strenge Geheimhaltung und Vorsicht in allen Dingen, ganz besonders beim Briefschreiben, Briefversenden u. s. w. gemacht wird. — Auer: Dieser Artikel war zur Zeit verboten. Ich selbst habe im Jahre 1880 einmal in fünf sechs Briefe in den Briefkasten geworfen. Ein Polizeimann sah dies und zeigte es der Bürgermeisterin an. Darauf wurden die sechs Briefe auf die Bürgermeisterin gebracht und auf richterlichen Beschluß erbrochen, „da ich hinreichend verdächtig erschien, Briefe durch die Post besorgen zu lassen, die einen strafbaren Inhalt haben.“ Die Untersuchung ergab, daß dies nicht der Fall war. Derartige Vorverurtheilungen haben uns veranlaßt, unsere Briefschaften ge- heim zu halten und auch allen Parteigenossen dies anzurathen. Wir müssen geheimnißvoll sein, obwohl wir keine Geheimnisse haben. Im vergangenen Sommer gab ich in Dresden ein Paket an meine eigene Adresse auf. Es waren in demselben Druckschriften enthalten, die zu meiner eigenen Unterhaltung dienen sollten. Dieses Paket wurde mit Beschlag belegt und da einige Exemplare des in New-York erscheinenden „Sozialist“ in demselben enthalten waren, so wurde der Versuch gemacht, mich wegen Verbreitung verbotener Druckschriften anzuklagen. Dieser Versuch scheiterte selbstverständlich, da eine Ueberzeugung von Druckschriften an mich selbst keine Verbreitung ist. — Auf Antrag Babel's wird ein unterm 15. September 1878 von dem vormaligen Minister des Innern Grafen zu Eulenburg an sämtliche deutsche Polizeibehörden gerichteter Erlaß verlesen, in welchem letztere aufgefordert werden, alle Vorkommnisse innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung aufs genaueste zu beobachten und an die Zentralbehörde, das Berliner Polizeipräsidium, Bericht zu erstatten. „Sollten die betreffenden Polizeibehörden, so ungezügelt heißt es in jenem Erlaß, nicht in der Lage sein, derartige Beobachtungen anzustellen, so wird ihnen das Berliner Polizeipräsidium, dem derartige Mittel zur Verfügung stehen, die nöthige Unterstützung angeben lassen.“ Dieser „sekrete“ (geheim) bezeichnete Erlaß — so bemerkt Babel — ist im Jahre 1883 von dem Nachfolger des Grafen zu Eulenburg, dem Minister v. Puttkamer erneuert und durch einen „glücklichen Zufall“ auch in die Hände der Sozialdemokratie gelangt. Wenn nun demnach festgestellt, daß die deutschen Polizeibehörden alle Mittel in Bewegung gesetzt haben, um alle Vorkommnisse innerhalb der Sozialdemokratie aufs genaueste zu beobachten und diese dennoch eine Organisation im Sinne der §§ 128 und 129 des Straf-Gesetzbuches nicht entdeckt haben, so wird wohl Niemand mehr im Zweifel sein, daß eine solche Organisation nicht besteht.“ Soviel aus dem Bericht. Ueber die Maßregeln haben wir uns bereits an anderer Stelle geäußert. Bemerkenswert ist noch, daß der Reichs- richterpräsident, Dr. Althoff, Dr. Althoff, Dr. Beschorner und Dr. Althoff (Reisender) zusammengesetzt war. Als Ankläger fungirte Oberstaatsanwalt Schwabe.

dem Titel: „Halb Revolution, halb Staatsrecht.“ betreffend die Ereignisse in Süd-Bulgarien (Ost-Rumelien). In Anbetracht, daß man in Europa die Verhältnisse des „weiten Orient“ nur aus offiziellen Quellen kennt und daher nur zu oft unbegründete Urtheile fällt, nehme ich mir die Freiheit, gelegentlich des obengenannten Entree- flet Einiges zu bemerken, in der Hoffnung, daß meine Ausführungen in Ihrem werthen Blatte Platz finden werden. Der Artikel ist sehr passend betitelt: „Halb Revolution, halb Staatsrecht.“ denn die Sache verhält sich in der That ganz so. Was aber den Inhalt der Notiz betrifft, so findet man nichts darin von einer „Revolution“, nichts von irgend welcher Volksbewegung; es heißt dort einfach, daß diese ganze Geschichte eine diplomatische Kombination von Seiten Russlands sei. Ob das wahr ist oder nicht, will ich bei Seite lassen. Was hier zu bemerken ist, ist der Umstand, daß das beabsichtigte Ereigniß wirklich den Charakter einer Volksbewegung in sich trägt. Und zwar ergibt sich das aus folgenden Gründen: Die Bulgaren bilden ein Volk von etwa 6 Millionen Köpfen, das die Länder bewohnt die unter den Namen Bulgarien, Thrakien und Mazedonien bekannt sind. Von den Türken politisch unterjocht und unterdrückt, wurde das bulgarische Volk auch gezwungen, das noch schwächere geistige Joch der griechischen Patriarchie zu tragen. Es ist nun klar, daß die ökonomische Exploitation der Bulgaren den Schein der nationalen trug. Es war nicht der Leid eigene, der von dem Herrn exploirt wurde, nicht der Zinsgleiche vom Bankmeister, nicht der Proletariat vom Bourgeois, — es war der Bulgare, der vom Türken und vom Griechen — nicht exploirt, sondern einfach der arde wurde. Dem der Türke brauchte keine der Unnoth und Delikatessen, wie man sie heute unter „Exploitation“ versteht, um den Bulgaren von seiner Kuh zu erproppeln, oder von dessen Landprodukten den Vmgehungen zu begatten. Der Grieche, d. h. der griechische Geistliche, ging zwar weniger offen bei seinem Exploitationsgeschäfte vor, aber desto rücksichtsloser. (Man sieht nicht noch in Mazedonien der Fall, Dank dem Berliner Bourgeois-Vertrag, der das bulgarische Volk in drei Haupttheile zertheilt: Fürstenthum Bulgarien, autonome Provinz Ost-Rumelien mit etwa 800,000 Bulgaren Bevölkerung und eilfzig Jehntausend Türken und Griechen, und Mazedonien.) Man begreift nun, glaube ich, was die Nationalität, die Nationalität für den Bulgaren heißt, der erst jetzt (im Fürstenthum) zu begreifen angefangen hat, was „Bourgeoisie“ und „Proletariat“ bedeutet. Man sieht, daß für den Bulgaren das „etwache Staatsrecht“ bei Weitem vorzuziehen ist der beständigen Lortur der politischen, geistigen und ökonomischen Knechtschaft. Und trotz seiner Einfachheit verleiht sich der Bulgare auf seine Interessen besser als alle „ehrersten Kaiser“ und alle gekrönten Jolioden der Welt. Man erinnere sich nur Italiens! Doßschätzungsbooll Weltbürger. Genl. 28. September 1885. Darauf haben wir folgendes zu erwidern: Wenn wir die Vorgänge auf dem Balkan vorzugsweise unter dem Gesichtspunkt der russischen Intriguen betrachten, so deshalb, weil diese in der That das Wesentliche derselben bilden. Das auch das bulgarische, und, je nachdem, das serbische u. s. w. Volk dabei eine Rolle spielt, vernehmen wir nicht, sind aber auch über den Charakter dieser Rolle durchaus nicht im Unklaren. Sie ist die der „Dapen“, der hinter die Kulissen. Die Bulgaren glauben, für ihre Unabhängigkeit zu kämpfen, in Wirklichkeit kämpfen sie aber nur für den Wechsel ihrer Bedrücker: an die Stelle der Türkenherrschaft tritt das Zarentum. Oder glaubt unser „Weltbürger“, daß man sich in Petersburg und Moskau durch die Rücksicht auf die „bratenki bulgarski“ von dem Ziel der Eroberung des heiligen „Georgrad“ — Konstantinopel — abhalten lassen wird? Glaubt er, daß Väterchen wirklich nur aus platonischer Liebe für die slavischen Brüder die Besetzung der im Süd-Osten spielt? Dann frage er einmal bei den klerikalischen Baueen an, die Katarina aus dem „Schwarzweissen Joch“ der — katolischen — Polen „befreite“, wie frei sie sich jetzt fühlen, seit sie das Schicksal der Anexion an ihre rechtgläubigen Bestreuer erteilt. Russlands Politik, erst zu vereinen, um dann zu verschlingen, ist zu bekannt, als daß wir uns darüber hinwegsetzen könnten. Und daß die neueste bulgarische „Revolution“ in diesem ungeliebten worden ist, beweisen bereits die Spalten von den Dächern. Sie ist allerdings nicht programmatisch verfaßt, der Vatterberger, der bei Väterchen nicht gut angekommen ist und daher über Bord geworfen sollte, hat das Präsenze gespielt und ist selbst unter die Revolutionäre gegangen, wie das andere Fürsten bekanntlich auch gethan haben, insofern das ändert an dem Wesen der Sache gar nichts. Das russische Kabinett hat noch andere Mittel, sich unangenehme Leute zu entledigen, wenn der Moment gekommen. Der Kaiserreich Alexander von Bulgarien ist eben nur eine Episode in der Bestreung-Komödie, das Jappeln der Fische im Reg der Spinne. Es versteht sich von selbst, daß wenn wir die russischen Intriguen bekämpfen, wir uns damit noch nicht für Bereinigung der Türkenherrschaft ins Zeug legen. Wir können uns nur nicht für eine Befreiung ermaßen, die in Wirklichkeit keine ist, sondern nur die Vorbereitung einer größeren Knechtschaft. Denn was man den Türken auch nachsagen mag, schon der bloße Umstand, daß es überhaupt heute, nach jahrhundertelanger Türkenherrschaft, eine bulgarische Frage gibt, beweist, daß das „türkische Joch“ den Vergleich mit andern Jochen immer noch ausschließt. Wären die Türken mit den Bulgaren, Griechen u. s. früher so ungelungen, wie diese jetzt in den meisten „befreiten Distrikten“ mit den Türken. — Beweis die scharenweise Flucht der Türken, denen man die Häuser über dem Kopf abdrückt — so gäbe es heute eben wahrheitsgemäß gar keine Bulgarenfrage. Aber, ganz abgesehen davon, das wird selbst unser „Weltbürger“ nicht behaupten wollen, daß in bisherigen Ost-Rumelien die Bulgaren durch den Druck der Türken zu ihrem jüngsten Handreich getrieben worden seien. Dann aber spricht unser „Weltbürger“ auch von Mazedonien als einer bulgarischen Provinz. Nun, in einem durchaus nicht türkenfreundlichen Blatte, der „Frankfurter Hg.“, finden wir (vgl. Nr. 274, Extrablatt) die Bevölkerung Mazedoniens folgendermaßen angegeben: (die rein albanesischen Bezirke Skutari und Janina sind hier nicht inbegriffen):

Christliche Bulgaren	410,000
Rohamedanische Bulgaren	46,000
Albanesen	350,000
Türken	280,000
Griechen	145,000
Serben	120,000
Sinzaren (Rujo-Balachen)	95,000
Spanische Juden	40,000

Wir müssen gestehen, nicht recht einzusehen, warum bei solcher Zusammenrechnung Mazedonien notwendigerweise zur bulgarischen Nationalität gehören soll. Wenigstens kommt uns der Gedanke nicht gerade weltbürgerlich vor. Hauptfrage aber ist und bleibt, daß hinter dem ganzen Balkankrieg die Agenten der Zarenthums stehen. Was aber ist der Zerismus, der heute im Südosten Europas die Bestreuerrolle spielt? Der Todfeind der bürgerlichen Freiheit in Europa, der stete Hort der europäischen Reaktion, wofür gegen das westeuropäische Proletariat — infolge der geschichtlichen Entwicklung — der natürliche Borkämpfer der Freiheit ist, dessen Sieg die Balkanflaven, wie andere heut unterdrückten Völkern, wirklich und mit Notwendigkeit befreien würde, nicht scheinbar und „auf Zeit“ wie es heute der „Zar Bestreuer“ thut. Darum lassen uns, bei aller Sympathie für die vorwärtsstrebenden Elemente auf dem Balkan, bei allem menschlichem Mitleid für jeden Unterdrückten, die Vorgänge in Bulgarien solange kühl als der Zerismus nicht gebrochen ist. In Petersburg und Moskau, im Herzen Rußlands, wird der wirkliche Freiheitskampf unserer Epoche geführt, diesem gelten unsere lebhaftesten Wünsche, und — wie sich die russischen Revolutionäre auch nennen mögen, ob Christen, ob Sozialisten, sie sind unsere Borkämpfer, die Borkämpfer der Freiheit in ganz Europa. Ob dem wir oder unbewußt, mit ihnen ist solidarisch, was in Europa

sozialistisch oder auch nur bürgerlich-demokratisch denkt. In Uebriken aber verweisen wir unsere „Weltbürger“ auf die Stellung der deutschen und französischen Sozialisten zur elsass-lothringischen Frage. Auch die Elsäss-Lothringern sind unterdrückt, aber jeder Versuch der elsäss-lothringischen „Patrioten“, das deutsche und das französische Volk zu verhezen, unter der Parole der Befreiung einen Krieg zu propagiren, der die Entwicklung haben wie drüben, verleiht um Jahrzehnte zurückwerfen könnte, würde von den Sozialisten die- und jenseits des Rheins oder der Bogen mit äußerster Entschiedenheit bekämpft werden. Wenn das europäische Proletariat sich befreit, sind die Elsäss-Lothringern von selbst frei; wollen sie sich nicht bis dahin gedulden, sondern antwort die Sache der allgemeinen Befreiung zu fördern, sie in ihrem Sonderinteresse durch Anzettelung eines Krieges aufs Spiel setzen, dann können sie uns Sozialisten, haben wie drüben, — gekozien werden. — Zum Selbstmorde getrieben. Der im Kiederwaldprozess zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilte Schatzkammer Holzhauser hat sich am 19. September im Zuchthaus zu Halle erhängt. Holzhauser wurde zu diesem Verzweiflungsschritt durch fortgesetzte Qualereien getrieben, in denen man bekannlich in preussischer Zuchthäusern so erfindlich ist, und die man an ihm als politischen Gefangenen in verächtlichem Maße ausübt. So wurde er, wie man uns von gut unterrichteter Seite mittheilt, nicht als Schutzmacher beschäftigt, sondern mußte Arbeiten verrichten, bei denen er seiner Kurzsichtigkeit wegen das ihm ausgegebene Pensum nicht liefern konnte. Die Folge davon war eine Disziplinarkastrafte nach der anderen. Sein Versuch um eine Brille wurde ihm abgeschlagen. Daß man ihn auch frieren ließ, geht aus dem letzten an seine Frau gerichteten Brief hervor, worin er diese um Unterleider bittet. Seine in Darmen wohnende Familie ersuhr seinen Tod durch die dortigen Zeitungen; die Zuchthausdirektion sand es erst fünf Tage nach dem Tode Holzhausers, am 24. September, an der Zeit, die Familie zu benachrichtigen! — Bei den am Sonntag stattgehabten Wahlen in Frankreich haben, so weit die Nachrichten bis jetzt vorliegen, die Monarchisten und Radikalen große Erfolge errungen, während die Opportunisten eine ganze Reihe von Wahlkreisen verloren haben. Es ist das eine wunderbare Ironie des Schicksals: Waren es doch gerade die Opportunisten, die jetzertzt alles aufboten, das Listenwahlsystem durchzubrechen, unter der Parole, Dank diesem vortheilhaften System werde man eine kompakte Opposition zu Stände bringen und die Republik gegen jeden inneren Feind sicher stellen; und jetzt, bei der ersten Wahl unter dem Listenwahlsystem sind es, welche die Jodge bejahen müssen, sie, deren Herrschaft es auf ewig sichern sollte. Freilich, sie sind nicht am Wahlsystem zu Grunde gegangen, sondern erstens, weil sie sich durch die schwindehastige Kolonialpolitik gründlich unpopulär gemacht, und zweitens, weil sie während des Wahlkampfes nicht das Ader in Händen hatten. Der erste Umstand raubte ihnen die radikalen Elemente der Wählerschaft, der zweite das ländliche Stimmvolk. Das Listenwahlsystem ist in der Hand einer energischen, vor seinem Mittel der Beeinflussung zurückstehenden Regierung ein famoses Instrument zur Erzielung günstiger Wahlen, leider aber wurden Jerry und seine Freunde schon im Frühjahr gestürzt, und die Brissin, Adain Targé u. s. hatten kein Interesse an einer opportunistischen Mehrheit. So hat es sich denn bei einer unbeeinflussten Wahl, wie sie Frankreich zuvor nicht gekannt, gezeigt, wie sehr das System der ländergerichtigen Unternehmungen auch bei den Franzosen unpopulär ist. Daß von dieser Unpopulärenzeit mit dem opportunistischen Regime die Monarchisten auch profitiren, kommt daher, daß in vielen Departements die Wähler nur die Wahl zwischen der monarchistischen und der opportunistischen Liste hatten. Das Listenwahlsystem hat überhaupt die Wirkung, die kleinen, insbesondere die neuen Parteibildungen von vornherein zu erdrücken. Insbesondere richtet es keine Spitze gegen die Partei, die auf die ständige Wählerschaft angewiesen ist, gegen die Sozialisten. Denn mehr als bei jedem andern Wahl-System wird bei diesem die Landbevölkerung bevorzugt. In jedem Arrondissement hat es doch wenigstens einige größere Orte mit intelligenten Wählern, welche vorgeschrittenen Ideen zugänglich sind; bildet aber das ganze Arrondissement einen Wahlbezirk, und obendrein ohne Minoritätenvertretung, dann stellt sich der Kampf für eine neue Partei von vornherein als hoffnungslos heraus, die kämpfenden Hauptparteien abzurufen als Interesse. Man nehme z. B. an, der Regierungsbezirk Oberbayern oder ganz Schleswig-Holstein bildeten einen Wahlkörper. Was würden uns da bei der letzten Wahl unsere Stimmen genügt haben — oder hätten wir sie überhaupt erhalten? Man wird sich nach alledem nicht wundern, daß unsere engern Genossen bei den letzten Wahlen nur sehr bescheidene Erfolge erzielten. Während ihre Mittel noch sehr knapp sind, mußten sie sofort einen Kampf aufnehmen, der wahrhaft unerhörte Kosten beansprucht. Wir sind zu ganz unsinnigen Ausgaben angezwungen,“ schreibt uns ein französischer Genosse. „Jedes Blatt, das wir ansetzen, ist sofort von den Blättern der andern Parteien, welche das zu einem solchen Kampfe nöthige Geld haben, bedeckt.“ Dann aber haben sie auch sonst einen schwierigeren Stand als wir. In Deutschland hat man zwar viel mit Sozialreform gekämpft, aber dieselbe zeigte so bald den reaktionären Bismarck'schen Pferdefuß, daß sich kein denkender Arbeiter durch dieselbe täuschen läßt. In Frankreich aber, und namentlich in Paris, nennen sich alle vorgeschrittenen bürgerlichen Parteien sozialistisch, und die Arbeiterforderungen, die in Deutschland sogar der demokratischen Partei zu radikal waren, figuriren in Frankreich bereits auf dem Programm der rechts von Clemenceau stehenden Radikalen. So heißt es z. B. im Aufruf des Komitees der radikalen Presse (Justice, Rappel u. s.): „Wer heute nicht Sozialist ist, ist kein Republikaner. . . . Der Kredit muß allen zugänglich gemacht werden und so denjenigen, die arbeiten, es ermöglichen, sich vom Lohnsystem zu befreien“ u. s. c. Dazu kommt noch, daß eine große Anzahl von Radikalen von ihrer Thätigkeit unter dem Kaiserreich her oder als Republikaner von 1848 sehr populär sind. Berücksichtigt man alles das, so wird man begreifen, wie außerordentlich die Schwierigkeiten sind, mit denen unsere Genossen in Frankreich zu kämpfen hatten, und warum sie auf Erfolg, ähnlich denen unserer Partei in Deutschland, gar nicht hoffen konnten. Dennoch hätten sie zweifelsohne mehr erreicht, wenn sie als geschlossene Partei in den Wahlkampf gezogen wären. Wenn die Verantwortung beigemessen, daß dies trotz der Bemühungen der verschiedenen „Guedisten“ nicht geschah, wissen unsere Leser. Kennenwerthe Minoritäten haben die Sozialisten außer in Paris in folgenden Departements erlangt: Ardennes, Seine-et-Loire, Nièvre; die Arbeiterpartei (Guedisten); Nord (Rhône), Lyon, Alier; die Blanquisten: Cher, Nièvre, Var. Es stehen indeß noch soviel Resultate aus, daß sich ein abschließendes Bild noch nicht ermöglichen läßt. Wir werden in nächster Nummer eine spezielle Aufstellung dringen. — In deutschen Arbeiterblättern finden wir folgenden Aufruf, den wir uns verpflichtet fühlen, hier abzudrucken: Aufruf an die Arbeiter Deutschlands. Drei Wochen im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit sind verstrichen und nichts ist unerserits verklärt worden, den Streit auf dem Wege des Vergleichs zu beenden. Brieflich und mündlich haben wir uns unseren Chefs zu nähern gesucht, sowohl die Formen der einzelnen Sicherheiten als auch unsere Streitkommission. Doch es fruchtete alles nichts; gefählos, wie das Kapital, sind auch dessen Vorkämpfer; stolz haben sie nur die eine Antwort: Jeder Einzelne müsse kommen und bitten, dann werden die betreffenden Herren sehen, won sie wieder in Arbeit nehmen werden. Bedingungslos auf den Knieen rutschend, sollen wir uns auf Gnade oder Ungnade ergeben. Was werden wir thun? Kämpfen wollen wir gegen die Macht des Kapitals, kämpfen bis auf den letzten Mann. Genossen! Kollegen! Brüder der Arbeit!!! — Steht uns im Kampf der reinen Menschlichkeit gegen das gefühllose Kapital bei, denn unser Sieg ist auch der Eure. — Der Stand des Streiks ist ein für uns günstiger zu nennen; nur noch kurze Zeit und der Sieg ist unser. Wie die Fabrik R. Sad wegen Mangel an Oel von ihren ca. 600

— Zur bulgarischen Frage. Wir erhalten folgende Zuschrift Weidre Rektion! In Nr. 39 Ihres geschätzten Blattes bringen Sie ein Entreeflet unter

\*) Nach den neuesten Telegrammen hat Väterchen bereits die an ihn entsendete bulgarische Deputation allergnädigst zu empfangen geruht. Was das bedeutet, brauchen wir nicht auseinanderzusetzen.

Wie die Fabrik R. Sad wegen Mangel an Oel von ihren ca. 600

